

Handelsblatt Nr. 166 vom 29.08.06 Seite 8

DER ÖKONOMISCHE GASTBEITRAG

Ein Forum der Beliebigkeit

Das neue europäische Bündnis für "Corporate Social Responsibility" führt in die Sackgasse

Welchen Ordnungsrahmen braucht unsere veränderte Welt? Diese Frage stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang des Jahres den versammelten Größen aus Wirtschaft und Politik beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Zwei Antworten hatte die Kanzlerin damals sogleich parat: Zum einen müsse nach dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft "der soziale und ökologische Ausgleich () auch im Ordnungsrahmen einer zukünftigen Welt stattfinden". Zum anderen, so Angela Merkel, müsse es künftig auch eine "neue Verzahnung von privatem und politischem Handeln geben".

Doch wie soll das geschehen? Eine Zauberformel, die auch die Bundesregierung jüngst immer häufiger für sich entdeckt hat, ist die der "Corporate Social Responsibility", der sozialen Verantwortung von Unternehmen - kurz "CSR" genannt.

Die kommende deutsche EU- und G8-Doppelpräsidentschaft bietet dabei die Gelegenheit, dem oft schwammigen Konzept CSR in Deutschland und in Europa klarere Konturen zu verleihen. Dies setzt voraus, im Vorfeld auf EU-Ebene einige Fehlentwicklungen der letzten Monate zu korrigieren. Nachdem die Europäische Union in den letzten Jahren viel Entwicklungshilfe in Sachen CSR geleistet hat, kommt nun jedoch Gegenwind aus Brüssel. Die Kommission, und allen voran der für das Thema zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen, hat CSR auf die Hinterbank verbannt und Budgets für CSR-Initiativen zusammengestrichen.

Im März verkündete die Kommission dann mit Unterstützung der Arbeitgeberverbände die Gründung eines "Europäischen Bündnisses für CSR". Verhüllt im Gewande der längst gescheiterten Lissabon-Agenda wird hier das Thema CSR umdefiniert zu einem Instrument, das primär dazu taugen soll, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu erhöhen.

Wie die Kommission in ihrer Erklärung betont, ist die "Erklärung über die Unterstützung des Bündnisses nicht an formale Anforderungen gebunden, und die Kommission wird keine Liste der Unternehmen führen, die es unterstützen". Mit anderen Worten: Eine offizielle Mitgliedschaft oder gar gemeinsame Prinzipien und Werte wird es in diesem geplanten Schattenbündnis der Beliebigkeit nicht geben.

Die Bundesregierung hat dieser Tage in einer Stellungnahme das europäische Bündnis zu "Corporate Social Responsibility" als einen wichtigen Impuls für die europäische Debatte gewürdigt. Zudem kündigt sie an, unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein "nationales Multi-Stakeholder-Forum" zu diesem Thema einzuberufen.

Diese Verlautbarung greift jedoch viel zu kurz. Vielmehr gilt es, die fehlgeleiteten Vorschläge der EU-Kommission zu korrigieren. Denn: Ein Forum der Beliebigkeit ist weder Politik noch Wirtschaft zuträglich, weil es nicht die zentralen Herausforderungen einer gelungeneren Verbindung von Freiwilligkeit und Glaubwürdigkeit angeht.

Ohne Zweifel: Das Prinzip der Freiwilligkeit ist ein Kernbestandteil von CSR. Staaten, Europäische Union und internationale Organisationen dürfen CSR nicht oktroyieren. Insofern ist es gut, dass sich Brüsseler Bürokratenträume, verbindliche europäische Richtlinien für CSR zu formulieren, in Luft aufgelöst haben. Gleichzeitig gilt: Freiwilligkeit darf nicht in Beliebigkeit umschlagen, da diese die

Glaubwürdigkeit untergräbt.

Dies wird gerade denjenigen deutschen Unternehmen schaden, die CSR ernst nehmen und eine Vielzahl sinnvoller werte- und prinzipiengebundener Initiativen wie den UN Global Compact unterstützen oder sich darüber hinaus in zielorientierten öffentlich-privaten Partnerschaften engagieren.

Im eigenen Interesse sollten diese Unternehmen auf die Dachverbände von BDI und BDA Druck ausüben, CSR nicht durch ihre kurzsichtigen Lobbying-Aktivitäten zu einer unglaubwürdigen Agenda der Beliebigkeit zu entwerten. Zumal der internationale Trend genau in eine andere Richtung weist: Gerade bei Initiativen, bei denen internationale Organisationen ihren Namen und ihr Logo einbringen, müssen Grundwerte und Grundprinzipien glasklar definiert sein.

Dies beweist die Erfahrung des UN Global Compact, der in den ersten Jahren viel Kritik eingesteckt hat, dass hier die Vereinten Nationen ihr Logo an Firmen verkauften, ohne konkrete Gegenleistungen einzufordern. Mittlerweile gibt es klare Regeln der Mitgliedschaft. Mitgliedsfirmen, die nicht über ihren Fortschritt bei der Umsetzung dieser Kernprinzipien Bericht erstatten, werden öffentlich als solche gelistet.

Das Brüsseler Forum der Beliebigkeit fällt in allen Punkten dahinter zurück. In der CSR-Debatte wird die Europäische Union so vom Vorreiter zum Bremser. Unternehmen wird mit dem europäischen Bündnis für CSR lediglich eine politisch sanktionierte Plattform für ihre Öffentlichkeitsarbeit geboten.

Um dem zu entgegnen, sollte die Bundesregierung im Rahmen ihrer Doppelpräsidentschaft im nächsten Jahr klare Impulse für eine prinzipiengeleitete und progressive CSR-Agenda setzen. Das Thema CSR eignet sich gut, die von der Bundeskanzlerin in Davos geforderte stärkere Verzahnung von privatem und öffentlichem Handeln zur Gestaltung der Globalisierung voranzutreiben.

Es bleibt deshalb sehr zu hoffen, dass sowohl die Politik als auch die Wirtschaft diese Chance nutzen und beim nächsten Davoser Treffen zu Beginn der deutschen Doppelpräsidentschaft Erfolge vermelden können. Dafür gilt es jetzt den Boden zu bereiten, um nicht Anfang 2007 mit leeren Händen dazustehen.

Thorsten Benner und Jan Martin Witte sind stv. Direktoren des Global Public Policy Institute, Berlin.